

Tagung in Loccum

## Vom Quartierbudget zur Direkten Demokratie

*»Tenever ist hoch, jung, international und arm.« Die vier Adjektive, mit denen der Quartiersmanager Joachim Barloschky den Stadtteil im Bremer Süd-Osten beschreibt, sind für Trabantensiedlungen in Großstädten keineswegs untypisch. Was Tenever mit seinen 11.000 Einwohner(inne)n, (davon 6.000 allein im Hochhausviertel) aus rund 80 Nationen von anderen unterscheidet, ist seine langjährige Tradition und Praxis der Bewohner(innen)beteiligung sowie die gut funktionierende Kooperation und Kommunikation der verschiedenen lokalen Akteure.*

Im Arbeitskreis Tenever, einem seit 30 Jahren bestehenden selbstorganisierten Zusammenschluss aller sozialen Einrichtungen und Initiativen des Quartiers, werden Entwicklungen und Probleme diskutiert und gemeinsame Aktionen geplant. Er versteht sich als Lobby für die sozialen Belange der Bewohnerinnen und Bewohner und greift aktiv in das Leben des Quartiers ein.

Für die Umsetzung der Quartiersentwicklungsprogramme wurde die Stadtteilgruppe Tenever geschaffen. In der Stadtteilgruppe treffen sich alle, die im Gemeinwesen leben, arbeiten oder Verantwortung tragen: Interessierte Bewohnerinnen und Bewohner als die Hauptakteure, die Experten ihres Lebensumfeldes, die Wohnungsgesellschaften, Vertreter(innen) der sozialen, kultu-

rellen Gesundheits- und Bildungseinrichtungen, die Politik, die Verwaltung und die Gewerbetreibenden.

Zu Beginn jeder Sitzung steht der Punkt »Aktuelle Fragen und Probleme«. Hier können alle Fragen des Gemeinwesens angesprochen werden. Häufig geht es um den desolaten Zustand der Wohngebäude, verschmutzte Eingänge oder Flure. Auch politische Themen wie die drohende Schließung einer Stadtteilbibliothek, ökologische Fragen, Fragen der Sicherheit, die Versorgungssituation der Kinder, Imageprobleme des Quartiers oder die Auswirkungen der Sanierung Tenevers werden diskutiert. »Wer diesen Tagesordnungspunkt aufmerksam verfolgt, erfährt viel von den aktuellen Stimmungen und Problemen im Quartier« so Barloschky.

Aber: In der Stadtteilgruppe wird nicht nur geredet, sondern auch mitentschieden. Öffentliche Mittel für ein Projekt werden nur dann bewilligt, wenn in der Stadtteilgruppe Konsens über die Vergabe erzielt wird. Anders ausgedrückt bedeutet das: Jede(r) Beteiligte kann ein Veto einlegen. Und dieses Modell funktioniert. In den letzten fünf Jahren wurden in Tenever 300 Konsensbeschlüsse gefasst. Manches Mal hat auch ein Veto zu einer deutlichen Qualitätsverbesserung eines Projektes beigetragen, denn ein einmal »gescheitertes« Projekt ist nicht unbedingt für immer gescheitert, sondern kann mit allen Beteiligten und insbesondere denen, die ihr Veto eingelegt haben, überprüft, nachgebessert und erneut zur Beschlussfassung gestellt werden, wie Barloschky erläuterte.

Gerade die Mitverantwortung über das Quartierbudget unterstreicht die Ernsthaftigkeit der Beteiligung. Wer von Bewohnerinnen und Bewohnern verantwortliches Handeln erwartet, muss ihnen auch reale Verantwortung übertragen.

Tenever ist eines von zehn Projekten, die im Bremer Programm »Wohnen in Nachbarschaften (WiN)« gefördert werden und für die diese bundesweit einmalige Vergabepraxis gilt. Das zunächst auf den Zeitraum von 1999 bis 2004

(Fortsetzung auf Seite 2)



Foto: Projektgruppe Tenever

Der Bremer Stadtteil Tenever: Erfolgreiche Praxis der Bewohner/innenbeteiligung

(Fortsetzung von Seite 1)

## Beziehungen ...

befristete Programm wurde wegen des großen Erfolges und der guten Resonanz der Bewohnerinnen und Bewohner und den lokalen Akteuren um weitere sechs Jahre verlängert.

Barloschkys Beitrag gehörte zu den Höhepunkten der zehnten Tagung »Modelle der lokalen Einwohner(innen)beteiligung« von Stiftung MITARBEIT und Evangelischer Akademie Loccum. Mit dem leicht veränderten Titel – früher »Bürger(innen)beteiligung« – sollte anlässlich des »Zehnjährigen« besonders unterstrichen werden, dass es auch um die Partizipation nicht-wahlberechtigter Migrant(inn)en, Kinder und Jugendlicher geht.

Den Schlusspunkt der Tagung setzte Daniel Schily, 1988 Mitgründer von Mehr Demokratie e.V. und heute deren Landesgeschäftsführer in Nordrhein-Westfalen. Schily setzte sich mit den demokratietheoretischen Grundlagen von Direkter Demokratie und Einwohner(innen)beteiligung auseinander. Dabei stellte er heraus, dass beratende Beteiligungsverfahren und verbindliche Bürgerentscheide keineswegs in Konkurrenz zueinander stehen, sondern sich bei der Entwicklung lokaler Demokratie gegenseitig ergänzen. Indirekte Wirkungen von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden bestehen etwa im Bemühen, bereits im Vorfeld von Planungen und Entscheidungen aller relevanten Interessen besser einzubeziehen. Anhand konkreter Praxisbeispiele zeigte Schily auch, wie Bürgerbegehren und Bürgerentscheide das Bürgerengagement und das Interesse an der kommunalen Politik erhöhten.

Daran, dass dies inzwischen, wenn auch mit sehr unterschiedlichen formalen Regelungen und Bedingungen, in allen Bundesländern auf kommunaler Ebene möglich ist, hat mehr Mehr Demokratie e.V. mit seiner Arbeit großen Anteil. Daniel Schily sprach sich für die Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene aus, wie es sie in zahlreichen anderen europäischen Ländern längst gibt.

*Thesen und Tagungsunterlagen zur Tagung »Modelle der lokalen Einwohner(innen)beteiligung« stehen im Internet unter [www.mitarbeit.de](http://www.mitarbeit.de).*

Aktualisierte Neuauflage

## Arbeitshilfe Bürgerbegehren und Bürgerentscheid

*In allen Bundesländern haben die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, mit Hilfe von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid direkt in die Kommunalpolitik einzugreifen. Allerdings ist der Weg dorthin nicht immer ganz einfach, mitunter mit einer Reihe formaler Stolpersteine versehen und zudem von Bundesland zu Bundesland teilweise sehr unterschiedlich. Die einzelnen Kommunalverfassungen oder Gemeindeordnungen geben mehr oder weniger detaillierte Regelungen vor, die genau berücksichtigt werden müssen, damit ein Bürgerbegehren zulässig ist und ein Bürgerentscheid überhaupt stattfinden kann.*

**W**elche formalen Anforderungen unbedingt eingehalten werden müssen

und was generell bei der Durchführung eines Bürgerbegehrens zu beachten ist, beschreibt die *Arbeitshilfe Bürgerbegehren und Bürgerentscheid*, die nun in aktualisierter Neuauflage vorliegt.

Die Arbeitshilfe erläutert den gesamten Ablauf von der Initiierung eines Bürgerbegehrens, über die thematische Festlegung bis hin zu der Frage, wie es nach dem Erreichen des Zustimmungsquorums und einem erfolgreichen Bürgerentscheid weitergeht. Neben den formalen Einzel-

heiten wie Fristwahrung und Zulässigkeitsprüfung geht es auch um praktische Fragen wie die Ausgestaltung der Unterschriftenlisten.

Der Erfolg eines Bürgerbegehrens kann auf diese Weise zwar nicht garantiert, aber ein Scheitern aus rein formalen Gründen unwahrscheinlicher gemacht werden.

*Paust, Andreas: Arbeitshilfe Bürgerbegehren und Bürgerentscheid. Arbeitshilfen Nr. 24, Verlag Stiftung MITARBEIT, Bonn 2005, 64 S., ISBN 3-928053-74-4, € 5,-, zu beziehen über die Bundesgeschäftsstelle, das Internet ([www.mitarbeit.de](http://www.mitarbeit.de)) oder den Buchhandel.*



Daniel Schily, Landesgeschäftsführer von Mehr Demokratie e.V. in Nordrhein-Westfalen

## Bürgerausstellung

## Visuelle Argumente

*Mit einer Bürgerausstellung lässt sich das Spektrum der stadtplanerischen Beteiligungsverfahren um eine stark visuell orientierte Variante bereichern. Die Meinungen und Vorstellungen von Bürgerinnen und Bürgern in ihrem städtischen Lebensumfeld werden unmittelbar ins »Bild« gesetzt und für Stadtentwicklungsprozesse fruchtbar gemacht. Die besondere Öffentlichkeit, die auf diese Weise entsteht, wird für den Dialog zwischen den beteiligten Interessengruppen genutzt.*

Im ersten Schritt legen die beteiligten Gruppen das Thema der Bürgerausstellung fest. Es orientiert sich an der konkreten Problemlage und dem Veränderungsbedarf in einem Wohnviertel. Im zweiten Schritt werden mit Beteiligten qualitative Interviews geführt und ausgewertet. Bei der Auswahl der Interviewten – beispielsweise Bewohner(innen) des Stadtviertels, Vertreter(innen) der Kommunalverwaltung und der lokalen Wirtschaft – wird darauf geachtet, die größtmögliche Breite an Problemsichten zu erreichen, damit auch zahlenmäßig unterrepräsentierte Perspektiven Eingang in die Diskussion finden.

Die Interviewpartner erhalten ausreichend Raum, ihre subjektive Sicht darzustellen. Im Anschluss werden die Gesprächspartner fotografiert. Sie bekommen die Möglichkeit, Fotos zu dem Problemfeld auszuwählen oder relevante Themen des Beteiligungsprozesses selbst fotografisch festzuhalten.

Im nächsten Schritt werden Bilder und Interviewausschnitte zu Exponaten der »Innensichten« der Bürger(innen) kombiniert und für eine Ausstellung »vor Ort« aufbereitet. Die Ausstellungseröffnung spielt eine wichtige Rolle für den Erfolg des Verfahrens. Hier bietet sich die Möglichkeit, den Dialog

zwischen den Interessengruppen anzustoßen und eine öffentliche Diskussion in Gang zu setzen.

Die bisherigen Erfahrungen in der Anwendung des Beteiligungsverfahrens waren vielversprechend. Die Bürgerausstellung bereichert diskursive Beteiligungsprozesse um visuelle »Argumente«, bietet den Gruppen zusätzliche, neue und ungewohnte Formen der Partizipation und schafft ein ergänzendes Forum der Bürgerbeteiligung.

Eine Schwäche der Methode ist, das am Ende zwar Probleme und Lösungsmöglichkeiten identifiziert sind, jedoch kein konkreter Handlungsplan vorliegt. In der Praxis gibt es erste Ansätze, Bürgerausstellungen mit flexiblen und wenig zeitaufwändigen Verfahren wie beispielsweise Zukunftswerkstätten zu koppeln, um konkrete Handlungsschritte und Veränderungsvorschläge zu erhalten.

*Literatur: Schophaus, Malte/ Dienel, Hans-Luidger: Bürgerausstellung. In: Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenbuch. Verlag Stiftung MITARBEIT, Bonn 2003, S. 83–89, ISBN 3-928053-84-1*

## Museum in der »Runden Ecke«

## Lebendige Geschichte

*Ein denkwürdiges Museum feiert in diesen Tagen sein 15-jähriges Bestehen: Das Museum in der »Runden Ecke« in Leipzig. Das Bürgerkomitee Leipzig e.V. vermittelt an diesem Ort mit Dauer- und Sonderausstellungen, mit Veranstaltungen und museumspädagogischen Angeboten vielfältige Informationen zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte. Zugleich ist das Museum ein Symbol für die Friedliche Revolution und die Selbstbefreiung der Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR.*

Krumme Ecke, Schreckenhaus / Wann wird ein Museum draus?« Diese provokante Frage stellten Leipziger Montagsdemonstranten im Herbst 1998 auf einem Transparent. Wie schnell in den Räumen der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit tatsächlich eine Ausstellung zu sehen sein sollte, ahnte zu diesem Zeitpunkt noch niemand. Engagierte Bürgerinnen und Bürger besetzten sie am 4. Dezember 1989 und legten die Arbeit der Leipziger Geheimdienst-Zentrale lahm. Noch in derselben Nacht bildete sich das Bürgerkomitee Leipzig, das in den folgenden Wochen die Auflösung der Bezirksverwaltung

und die Sicherung der MfS-Akten massiv vorantrieb.

Das Bürgerkomitee Leipzig konzipierte bereits im Frühjahr 1990 die DDR-weit erste Ausstellung zur Struktur und Arbeitsweise des Ministeriums für Staatssicherheit, die zunächst nur als vorübergehende Ausstellung geplant war. Wegen der großen Resonanz suchte das Bürgerkomitee bald nach einer Möglichkeit, die Ausstellung dauerhaft zu präsentieren. Es fand diese in den Räumen der ehemaligen Stasi-Bezirksverwaltung in der »Runden Ecke«, wo die Ausstellung nun am authentischen Ort zu sehen ist.

1993 gelang es dem Bürgerko-

mitee, ein Gelände der Leipziger Bezirksverwaltung für Staatssicherheit in Machern zu pachten. In diesen 5,2 Hektar großen Komplex mit einem Bunker hätte im Kriegsfall der Leiter der Leipziger Stasi-Bezirksverwaltung gemeinsam mit etwa 120 hochrangigen Stasi-Offizieren seine Tätigkeit verlagert. Seit 1996 ist das Museum im Stasi-Bunker regelmäßig für Besucher(innen) geöffnet und ein Teil der Gedenkstätte Museum in der »Runden Ecke«. Im vergangenen Jahr kamen mehr als 80.000 Besucher in die beiden Häuser in Leipzig und Machern sowie zu den Veranstaltungen und Sonderausstellungen.

Das Museum in der »Runden Ecke« mit dem Museum im Stasi-Bunker ist ein wichtiges Fachmuseum und gleichzeitig ein Ort des gesellschaftlichen und politischen Diskurses zu Fragen der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit.

*Museum in der »Runden Ecke« mit Museum im Stasi-Bunker, [www.rundenecke-leipzig.de](http://www.rundenecke-leipzig.de), Tel.: (03 41) 9 61 24 43*

## Öffentlichkeitsarbeit im Internet

Viele Non-Profit-Organisationen, Initiativen und Projekte haben das Problem, ihre Öffentlichkeitsarbeit im Web zu konzipieren und dann auch umzusetzen.

Das Seminar (18. bis 20. November 2005 in Großjena) will den Weg zu einer erfolgreichen Öffentlichkeitsarbeit im Internet weisen:

- Wie lassen sich die Möglichkeiten des Internet für die Öffentlichkeitsarbeit der eigenen Organisation sinnvoll nutzen?
- Wie lässt sich mit einem kleinen Budget die eigene Öffentlich-

keitsarbeit auf das Internet ausdehnen, wie lassen sich vorhandene Websites neu konzipieren und optimieren?

Im Rahmen des Seminars erarbeiten die Teilnehmenden das Konzept und einen Aktionsplan für den Internet-Auftritt ihrer Organisation. Das Seminar wendet sich an Mitarbeiter(innen) in Initiativen, Projekten und kleinen Non-Profit-Organisationen.

Nähere Informationen bei Hanns-Jörg Sippel ([sippel@mitarbeit.de](mailto:sippel@mitarbeit.de)) in der Bundesgeschäftsstelle

## Streitschlichtungskongress 2005

Den Schwerpunkt des Streitschlichtungskongresses 2005 (2. bis 4. Dezember 2005 in Geseke nahe Paderborn) bilden Trainingsworkshops zu Themen wie Streitschlichtung mit Gruppen, Konflikte zwischen Jungen und Mädchen, Konflikte zwischen interkulturellen Streitparteien, Umgang mit älteren Gesprächspartnern (z.B. Lehrer/innen, Eltern), Mobbing, Zivilcourage, Körpersprache oder Kommunikationshandwerkszeug für Streitschlichter/innen. Breiten Raum wird der Erfahrungsaustausch mit

Schüler(inne)n aus anderen Streitschlichtungsprojekten einnehmen. Außerdem sollen neue Ideen und Ansätzen rund um die Konfliktvermittlung und -lösung gesammelt werden.

Beim Streitschlichtungskongress kooperiert die Stiftung MITARBEIT mit dem Bund für soziale Verteidigung, dem Bildungswerk Umbruch und der Thomas-Morus-Akademie Bensberg.

Nähere Informationen bei Ludwig Weitz ([weitz@mitarbeit.de](mailto:weitz@mitarbeit.de)) in der Bundesgeschäftsstelle

## Stiftung MITARBEIT sucht Geschäftsführer/in

Der Geschäftsführer der Stiftung MITARBEIT Dr. Adrian Reinert beendet seine langjährige Tätigkeit zum 31. März 2006 (Bericht folgt).

Bei der Stiftung MITARBEIT ist deshalb zum 1. April 2006 die Position einer Geschäftsführerin/ eines Geschäftsführers in der Ko-Leitung der Stiftung zu besetzen.

Wir freuen uns über Ihre Bewerbung, wenn Sie über einen Hochschulabschluss verfügen und über

- fundierte inhaltliche Kompetenzen in den Bereichen Bürgerbeteiligung und Förderung der politischen Partizipation
- methodisches Know-How und Praxiserfahrungen in der Durchführung von Beteiligungsverfahren
- Erfahrungen in kollegialer Teamarbeit sowie Mitarbeiterführung
- Erfahrung im Fundraising
- Kontakte, Kompetenzen und Management-Erfahrung im Non-Profit-Bereich

Wichtig ist uns, dass Sie sich vorstellen können,

- das Selbstverständnis und die Ziele unserer Stiftung glaubwürdig und engagiert nach außen zu vertreten
- mit Menschen unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft offen zu kommunizieren und
- zusätzliche Mittel für die Stiftungsarbeit offensiv einzuwerben.

Als unser/e Geschäftsführer/in sind Sie verantwortlich für die fachliche Leitung der Bereiche »Beratung, Weiterbildung« und »Beteiligungsverfahren«. Gemeinsam mit ihrem ebenfalls geschäftsführenden Kollegen nehmen sie die Geschäftsführungs-, Repräsentations- und Legitimationsaufgaben wahr. Dazu gehören auch die strategische Planung und Gesamtausrichtung der Organisation sowie das Budget-Management.

Bitte senden Sie Ihre Bewerbung an die Bundesgeschäftsstelle zu Händen des Vorstands der Stiftung MITARBEIT

## Tagung

### Zukunftswerkstätten

Zukunftswerkstätten sind demokratische Gruppenarbeitsformen und zielen auf politische Teilhabe. Sie sind erfolgreich, wenn die Teilnehmenden begründete Aussichten auf positive Veränderungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit sehen.

Die Tagung »Tatort Zukunft – Tagung für Menschen, die in demokratisch-selbstbestimmten Zukünften arbeiten« (7.–9. November 2005 in Bad Boll) orientiert sich am politischen und geistigen Erbe Robert Jungks, der in seiner Arbeit Menschen ermutigt hat, »Institutionen« zu erfinden, in denen mitgedacht, mitgeredet und mitgestaltet wird: »Tausend Foren und Werkstätten, in denen Kritik geübt und Vorschläge gemacht werden können«.

Die Tagung der Ev. Akademie Bad Boll findet in Kooperation mit dem Zukunftswerkstätten Verein zur Förderung demokratischer Zukunftsgestaltung e.V. und der Robert Jungk Bibliothek für Zukunftsfragen, Salzburg statt. Sie wird von der Stiftung MITARBEIT finanziell unterstützt.

Nähere Informationen bei Ludwig Weitz ([weitz@mitarbeit.de](mailto:weitz@mitarbeit.de)) in der Bundesgeschäftsstelle. Der Einladungsflyer findet sich unter [www.ev-akademie-boll.de/tagungen/details/610705.pdf](http://www.ev-akademie-boll.de/tagungen/details/610705.pdf)

## Impressum

mitarbeiten  
Informationen der  
Stiftung MITARBEIT  
Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion & Layout:  
Hanns-Jörg Sippel

Stiftung MITARBEIT  
Bornheimer Straße 37  
D-53111 Bonn  
Telefon (02 28) 6 04 24-0  
Telefax (02 28) 6 04 24-22  
E-Mail [info@mitarbeit.de](mailto:info@mitarbeit.de)  
[www.mitarbeit.de](http://www.mitarbeit.de)  
[www.buergergesellschaft.de](http://www.buergergesellschaft.de)

Vorstand: Stojan Gugutschkow, Ulrike Rietz, Klaus Steinke

Vorsitzende des Stiftungsrates:  
Birgit Moos-Hofius  
Geschäftsführer: Dr. Adrian Reinert

Die Stiftung MITARBEIT wird vom Bundesinnenministerium gefördert.